

Naturschutz und Nationalsozialismus

Veranstalter: Prof. Albert Schmidt Prof. Joachim Radkau Dr. des. Frank Uekötter Arbeitsgemeinschaft „Fachkongress Naturschutz und Nationalsozialismus“ (Die Arbeitsgemeinschaft „Fachkongress Naturschutz und Nationalsozialismus“ besteht aus der Stiftung Naturschutzgeschichte in Königswinter [Vorstandsvorsitzender Prof. Albert Schmidt] und der Universität Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie [Prof. Joachim Radkau].)

Datum, Ort: 03.07.2002-05.07.2002, Berlin

Bericht von: Alexander Klose

„Wir sprachen von Natur- und Heimatschutz und waren uns einig, daß der geniale Führer der deutschen Technik schließlich doch der größte Naturschützer geworden ist. Ihm ist die Synthese von Natur und Technik gelungen, die ein Wunschtraum zu sein schien und heute das Wesen unserer Kultur darstellt. Deutschland ist der Garten Europas geworden (...).“ Der Autor dieser Zeilen, die aus einem 1941 erschienenen Artikel der Zeitschrift „Die Strasse“ entstammen, dem Propagandaorgan für den Straßenbau im nationalsozialistischen Deutschland, denkt sich in eine ideale Situation 25 Jahre später, in der alle naturschützerischen Ziele im gleichen Zuge mit gewaltigen infrastrukturellen Baumaßnahmen in Mittel- und Osteuropa umgesetzt worden sind. Daß 1966 Deutschland nicht zum Garten Europas geworden ist, vielmehr brachiale Zweckbauten der wieder boomenden Industrien und der modernistische Auf- und Ausbau der Städte die Realität in beiden Hälften eines geteilten, auf einen Bruchteil der Größe von 1941 reduzierten Deutschlands prägen, muß nicht betont werden. Von Naturschutz spricht damals kaum einer, das Wort Heimat hat dauerhaft den Ruf eines idyllisierenden Deckmäntelchen für totalitären Terror anhaften. Zugleich aber setzten die Umwelt- und Naturschutzverbände der Nachkriegszeit ihre Arbeit weitgehend nach Vorgaben fort, die im Nationalsozialismus entwickelt worden waren. Das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 hatte als Grundlage der Ländergesetzgebungen in der BRD, die nach der dortigen neuen Ordnung für den Naturschutz zuständig waren, bis Anfang der Siebzigerjahre bestand. Der Naturschutz knüpfte als „Naturschutz im engeren Sinne“ (nach einer Unterscheidung, die Walther Schoenichen vornahm, einem der einflußreichsten Naturschützer der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und beken-

nendem Nationalsozialisten, der bis 1938 Direktor der „Reichsstelle für Naturschutz“ war) an seine ideologisch unbedenkliche, wissenschaftlich-ökologische Neuausrichtung während der NS-Zeit an und widmete sich fortan vor allem der Bestandsaufnahme und dem Schutz der Natur vor dem Menschen. Der „Naturschutz im weiteren Sinne“ dagegen, Landschaftspflege und -planung als künstlerische Gestaltungsaufgabe zur Erschaffung von Kulturlandschaften, in denen Natur und Technik zum Ausgleich gebracht werden sollten, war aufgrund seiner aggressiven Proklamationen, seiner Ausrichtung am rassehygienischen, antisemitischen Geist, seinem Bündnis mit der Expansionspolitik im Osten diskreditiert und wirkte darum bloß im Verborgenen weiter: als Zukunftsvision und Integrationsformel für Ingenieure. So konnte es passieren, daß der Autobahnbau bis in die Sechzigerjahre geradezu als Synonym für Naturschutz aufgefaßt wurde, weil die zuständigen Bauingenieure sich dem alten Naturerschließungsideal hingaben, während die Naturschützer mit der „standortgerechten Bepflanzung“ zufrieden waren, statt den ungeheuren Flächen- und Ressourcenfraß des Bauwerks zu kritisieren. Sowohl auf konzeptueller als auch auf personeller Ebene gab und gibt es also eine Kontinuität, die bis heute kaum diskutiert worden ist. Dies zu ändern, fand vom 3. bis 5. Juli in den schönen Räumen des Umweltforums Berlin ein Fachkongreß mit dem Titel „Naturschutz und Nationalsozialismus“ statt, der von der Stiftung Naturschutzgeschichte, Königswinter, in Zusammenarbeit mit dem historischen Institut der Universität Bielefeld ausgerichtet und mit Geldern des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanziert wurde. Verantwortlich für inhaltliche Konzeption und formale Organisation der Fachtagung waren die Bielefelder Natur- und Technikhistoriker Prof. Joachim Radkau und Dr. Frank Uekötter. Man muss es dem amtierenden Bundesumweltminister Jürgen Trittin hoch anrechnen, dass er sich persönlich und gegen die Gepflogenheiten für eine Unterstützung dieser Konferenz einsetzte, die erstmalig den Forschungsstand in einem Gebiet zusammenfasste, das ein gerade für die grüne Partei des Ministers nicht ungefährliches Skandalpotential birgt.

Thomas Neiss, Geschäftsführer der Stiftung Naturschutzgeschichte, formulierte provokativ die Hauptantriebskraft für diese Veranstaltung, seinen Verdacht, daß es eine „geheime innere Faszination des Naturschutz für den starken Staat“ ge-

be, eine „merkwürdige strukturelle Identität zwischen Naturschutz und Totalitarismus“. Zugleich gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß durch eine Aufarbeitung der Geschichte ihrer Diskreditierung wertkonservative Ideen wie die des „Heimatschutzes“ für die heutige Zeit rehabilitiert und zu einem bewußten Fundament des Naturschutzes gemacht werden könnten. Daß die Aufgabe des Begriffs Heimat als räumliche Kategorie zwar nachvollziehbar aber durchaus problematisch sei, darauf wies auch der Philosoph und Biologe Thomas Potthast hin. Hätte sie doch dazu geführt, daß „Heimat“ nun als innerliche Kategorie - das heißt auf Kriterien wie Blut und Rasse fußend - verwendet werde. Potthast schlug vor, im Tier- und Pflanzenschutz das Wirken einer kleinen, sublimierten Form der räumlichen Heimatliebe zu erkennen.

Die schillerndste Figur des Naturschutzes während und nach der NS-Zeit war Alwin Seifert, Protegé des obersten Autobahnbauers Fritz Todt, der sich als „Reichslandschaftsanwalt“ für eine Professionalisierung der Grünplanung einsetzte (im Gegensatz zur weitgehend ehrenamtlichen und auf konservatorische Wirkung konzentrierten Arbeit der organisierten Naturschützer) und maßgeblich für das Konzept der „schwingenden Bahnen“ verantwortlich zeichnet, der Autobahn als technisches Werk, das Natur restituiert. Durch seine umfangreiche publizistische Tätigkeit konnte er auch nach dem Krieg noch erheblichen Einfluß entfalten, obwohl sein Plan, in der neugegründeten BRD sein Amt analog zur NS-Zeit als „Bundeslandschaftsanwalt“ fortzusetzen, scheiterte. Stattdessen übernahm er das Amt des Vorsitzenden des Naturschutzbundes Bayern. Sein Buch „Gärtnern, Ackern ohne Gift“ wurde ungeachtet seiner dubiosen politischen Geschichte zu einer Art Bibel der grünen Bewegung. Glaubt man den Ausführungen in seiner 1962 erschienenen Autobiographie, dann formulierte er bereits vor dem Beginn des „Dritten Reichs“ die Grundsätze für den Autobahnbau, die er als Reichslandschaftsanwalt versuchte durchzusetzen, die noch weit bis in die Nachkriegszeit gelten sollten: „Wer immer mit Hilfe öffentlicher Mittel neue Ödflächen schafft in Form von Böschungen an Straßen, Bahnen, Kanälen, Bächen, Flüssen, ist gehalten, sie mit der jeweils bodenständigen und standortgemäßen Laubholzgesellschaft aufzuforsten, damit von den so entstehenden Feldhecken eine Wiedergesundung der nebenan liegenden ausgeräumten Kultursteppen ausgehen kann.“ Statt auf den Erhalt bestehender Landschaftsfor-

men (deren Zerstörung Seifert an anderer Stelle ausgiebig beklagt) setzt dieses Konzept also auf die Gesundung der durch die Industrialisierung bereits flächendeckend zerstörten Landschaften Mitteleuropas als Nebenprodukt ihrer technischen Erschließung nach „natürlichen“ Gesetzmäßigkeiten. Eine Flucht nach vorne, die der dynamischen Selbsteinschätzung der nationalsozialistischen Bewegung sehr entgegenkam und durch ihre selbstverständliche Synthetisierung von Technik und Natur zur Erzeugung einer neuen Landschaftsform ein zukunftsweisendes Konzept darstellte, daß man vielleicht am besten nach einem Diktum des Philosophen Sloterdijk als Natur-Machen bezeichnet.

In der Forschung herrscht weitgehend Einigkeit darüber, daß die empirische Wirkung der vielfältigen Bestrebungen zum Schutz von Heimat, Landschaft und Natur in der Zeit des Nationalsozialismus recht gering war. „Im Hinblick auf den Wandel in der deutschen Landschaft stellt die Zeit von 1933 bis 1945 wohl kaum eine erhebliche Zäsur dar“, fasste dies der aus Boston angereiste Historiker David Blackbourn in seinem einleitenden Vortrag zusammen. Mit Wandel meinte er die umwälzenden Veränderungen durch die Industrialisierung und verkehrstechnische Erschließung des Landes, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begonnen hatte und nach dem Zweiten Weltkrieg ihr Wirken mit unveränderter Wucht fortsetzte. „Letztlich übertrumpften die Zwänge des Wirtschaftswachstums, der technischen Zielsetzung und der Aufrüstung in der Regel die NS-Rhetorik über „Erhaltung“: Schutz des Bauernstands, Schutz des Mittelstands - und Naturschutz.“, so Blackbourn weiter. Die Bilanz zwischen einem überall laut seine Stimme erhebenden naturschützerischen Diskurs einerseits und der sich mit enormer Dynamik ausbreitenden Industrialisierungsmaschine andererseits fällt sehr zu Ungunsten der ersteren aus. Deshalb scheint es angeraten, sich auf diejenigen Wirkungen zu konzentrieren, die auf dem Kongreß die symbolischen genannt wurden, um einen Vergleich des Naturschutzes unter nationalsozialistischen und unter den Bedingungen des Nachkriegsdeutschlands vornehmen zu können: Der Bielefelder Technik- und Naturhistorikers Joachim Radkau, zusammen mit seinem Mitarbeiter Frank Uekötter wissenschaftlich verantwortlich für die Zusammensetzung der Tagung, fragte in seinen einleitenden Worten, ob die Tradition der „Sehnsucht nach unendlicher wilder

Natur“, wie sie sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu entwickeln begann, mit einem gewissen Automatismus in ein Expansionsstreben mündete, das sich im Falle des NS-Staats eben nach Osten gerichtet hätte. Und ob die „Faszination durch die Wildnis, psychologisch gesehen, eine Faszination durch die Wildheit“ einen menschenverachtenden, gewalttätigen Teil enthalte. Dies sei nach seiner Auffassung „der Kern der gesamten Problematik „Naturschutz und Nationalsozialismus““. Über diese Anregung zum Nachdenken gingen seine Überlegungen allerdings nicht hinaus.

Ähnlich verhielt es sich mit den Thesen des Geobotanikers Hans-Jörg Küster. Dieser äußerte die Überzeugung, dem Konzept des Naturschutzes liege bis heute ein falsches Naturbild zugrunde, das auf die Zeit des Nationalsozialismus zurückgehe. Mittels der damals zur anerkannten Disziplin aufgestiegenen Pflanzensoziologie habe man geglaubt - und glaube bis heute - die „potentielle natürliche Vegetation“ eines bestimmten Standorts ermitteln zu können. Aber eine solche stabile Natur habe es nie gegeben. Statt von einer statischen Natur müsse man von einer dynamischen Natur ausgehen, „in der ständig neue Erscheinungen hervorgebracht werden: Pflanzen- und Tierarten, Sukzessionsstadien, Landschaften“, zum Schutz von deren permanenten Werden ein „Prozeßschutz“ stattdessen die bessere Herangehensweise sei. Küster knüpfte an solch einen grundsätzlich veränderten Schutzbegriff die Hoffnung, er werde Formen totalitären Zugriffs nach der Art rassehygienischer Maßnahmen verhindern können. Eine Exemplifizierung seiner Thesen am Einzelfall blieb er allerdings schuldig.

„Wirkliche Durchbrüche vermag die Umwelthistorie nur durch regionale Feldforschung zu erzielen“, schreibt Radkau im Vorwort zu seiner universalhistorischen Studie „Natur und Macht“. Bei allem Lob, das man dem Unterfangen einer Aufklärung der problematischen Herkunft des Naturschutzes in Deutschland aussprechen muß; genau daran mangelte es auf diesem Fachkongreß: Bis auf wenige Ausnahmen gab es keine Präsentationen der Ergebnisse lokaler Quellenforschung. Die Beiträge zeichnete eine bisweilen befremdliche Distanz zu ihrem Gegenstand aus, der ja - als die sozialen Konstruktionen der Auffassungen von „Natur“ und „Technik“ einerseits, als die empirisch zu bestimmenden Auswirkungen eines Naturschutzes oder einer Landschaftsplanung andererseits - eine zutiefst doppelte Natur hat: Effekt

diskursiver Formationen und zugleich zähl- und meßbare physische Wirklichkeit. Was das Problem der Heterogenität der Quellengattungen bei einer Frage nach der Geschichte von erkenntnistheoretischen Grundlagen wie in der Grundfragestellung des Kongresses nach dem „unterirdischen“ Fortleben eines „nationalsozialistischen Erbes“ im Naturschutz angeht, wäre vermutlich eine Diskursanalyse die richtige Methode, um so unterschiedliche Quellengattungen wie Gesetzestexte, biologische Klassifizierungen, hydrologische Gutachten, Landschaftsentwicklungspläne und propagandistische Zeitschriftenartikel auf ihre gemeinsamen, unausgesprochenen Grundlagen zu bringen. Der Name des Begründers dieser Methode, Michel Foucault, fiel auf dem Kongress merkwürdigerweise nicht ein einziges mal.

Tagungsbericht *Naturschutz und Nationalsozialismus*. 03.07.2002-05.07.2002, Berlin. In: H-Soz-u-Kult 22.07.2002.